Minister Treviranus über das Verbot der SA. und SS.

Essen, 15. April. Reichsverkehrsminister Treviranus äußerte sich auf einer Zusammenkunft mit Vertretern der westdeutschen Presse und der „Jungen Rechten" u. a. zu dem Verbot der SA- und SS-Formationen. Ich erinnere daran, sagte der Minister, daß deutschnationale Kreise seinerzeit dem Reichspräsidenten Ebert die Forderung gestellt haben, daß er gerade, wenn es sich um seine eigenen Freunde handele, seine Pflicht als Reichsoberhaupt ohne Rücksicht auf persönliche Empfindungen erfüllen und deshalb den Befehl erteilen müsse, die Reichsexekutive gegen Sachsen und Thüringen anzuordnen. Der Minister teilte mit, daß die bayerische Staatsregierung schon vor geraumer Zeit den Entschluß gefaßt habe, das SA-Verbot in Bayern durchzuführen. Er erklärte auch, daß er bestimmt wisse, daß die nationalsozialistische Führung außerordentlich dankbar sei für die Beseitigung dieses Unruheherdes innerhalb der NSDAP. Davon abgesehen, erfahre sie durch das Verbot eine große finanzielle Erleichterung. Einen Vergleich der SA mit dem Reichsbanner hinsichtlich des Charakters als eines Staates im Staate lehnte der Minister ab. Wenn man einen Vergleich ziehen wolle, so könnte man die SA nur mit dem 1929 verbotenen Rotfrontkämpfer-Bund vergleichen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen bezeichnete der Minister die Reichsreform als die dringlichste aller Aufgaben. Der Dualismus Reich-Preußen müsse verschwinden. Mit dem jüngsten Beschluß des Landtages, die Geschäftsordnung zu ändern, erklärte sich der Redner nicht einverstanden.

Oldenburgischer Landtag und SA.-Verbot

Oldenburg, 15. April. In der heutigen Sitzung des oldenburgischen Landtages stand das Verbot der SA. durch die Reichsnotverordnung zur Debatte. Die Abstimmung über den Antrag der Nationalsozialisten über Beschwerdeeinlegung beim Reichsinnenminister ergab am Nachmittag Stimmengleichheit, wobei sich Nationalsozialisten, Deutschnationale, Volkspartei und Landvolk mit 14 Stimmen und Sozialdemokraten, Staatspartei, Zentrum und Kommunisten mit gleichfalls 14 Stimmen gegenüberstanden. Die Abstimmung wurde mit dem gleichen Ergebnis wiederholt. Damit war der nationalsozialistische Antrag endgültig abgelehnt.

Eine Erklärung der NSDAP. zum SA.-Verbot

Berlin, 15. April. Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. teilt mit: Adolf Hitler hat Rechtsanwalt Luetgebrune, Hannover, beauftragt, mit allen Mitteln den Rechtskampf gegen die Notverordnung über die Auflösung der SA. und SS. aufzunehmen. Dr. Luetgebrune hat bereits alle erforderlichen Schritte zur rechtlichen Feststellung der Rechtsungültigkeit der Auflösungsverordnung unternommen. Da die Verordnung in wesentlichen Punkten Grundrechte der Reichsverfassung verletzt, wird es Sache des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich sein, über die Gültigkeit der Verordnung zu befinden. Daneben werden wegen der vielfach erfolgten Eingriffe in Privatrechte durch Beschlagnahme von Sachen, Schließung von Baulichkeiten und dergleichen Zivilansprüche geltend gemacht werden, so daß die Zivilgerichte zu der Frage der Ungültigkeit der Verordnung ebenfalls Stellung nehmen müssen. Schließlich werden unter Umständen Verstöße gegen die Strafbestimmungen der Verordnung Anlaß geben, daß auch die Strafgerichte sich zu der Frage der Ungültigkeit und Rechtsunwirksamkeit der Verordnung aussprechen müssen. Auf Anordnung des Führers der Partei, Adolf Hitler, soll in dieser Weise mit aller Entschiedenheit der Rechtskampf gegen die letzte Notverordnung durchgeführt werden.

Die hessische Regierung über das bei SA.- und SS.-Führern gefundene Material

Darmstadt, 15. April. Eine amtliche Mitteilung der hessischen Regierung besagt, daß bei einer ersten Durchsicht des Materials, das im Zusammenhang mit den Haussuchungen bei den SA.- und SS.-Führern beschlagnahmt wurde, sich auch einige Dokumente fanden, die auch für sich allein und unabhängig von dem umfangreichen sonstigen beschlagnahmten Material bewiesen, wie notwendig und berechtigt das Verbot der SA.- und SS.-Formationen gewesen sei. In Hessen ist der amtlichen Mitteilung zufolge Material gefunden worden, aus dem hervorgeht, daß die Fortführung der SA. und SS. in illegaler Form bereits bis ins Kleinste durchorganisiert ist. Der Polizei ist ein großes Paket Geheimmaterial der hessischen SS.-Führung in die Hände gefallen, in dem sich über ganz Hessen verteilte zahlreiche Geheimadressen und Angaben darüber befinden, wie die SA. in den einzelnen Orten Hessens als Gesangvereine, Kegelklubs, Skatklubs und Box- und Sportvereine weiter zu existieren gedenken. — Ferner wird in der amtlichen Mitteilung ein Dokument aufgeführt, das als außerordentlich aufschlußreich für die systematische Bespitzelung und für die Verleitung zum Verrat von Dienstgeheimnissen von hohen und höchsten Amtsstellen sowie der Polizei durch die SA.- und SS.-Funktionäre gelten könne. Es ist ein Brief des Reichstagsabgeordneten Weitzel, in dem er den SS.-Führern den Wortlaut wichtiger preußischer Polizeifunksprüche, die nach einem nur wenigen Personen bekannten Geheimschlüssel gefunkt werden, im Wortlaut übertragen mitteilt. Der Brief gibt die Abschrift eines Telegramms des preußischen Innenministers zur Kenntnis. — Zum Schluß wird in der amtlichen Mitteilung hervorgehoben, daß die meisten der bei den höheren Führern beschlagnahmten ledernen Aktentaschen eine scharf geladene Pistole enthielten.

Wieder Ruhestörungen in Kiel

Kiel, 15. April. In der Bergstraße rotteten sich gestern abend etwa 300 bis 400 Personen zusammen. Dabei wurde eine Fensterscheibe der sozialdemokratischen „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" eingeworfen. Nach dem Polizeibericht soll die Ruhestörung vornehmlich von Angehörigen der ehemaligen SA. und SS. begangen worden sein. Das Polizeipräsidium hat daraufhin der Kreisleitung der NSDAP. mitgeteilt, daß weitere Veranstaltungen der NSDAP. nur unter der Voraussetzung zugelassen würden, daß die Kreisleitung für ein diszipliniertes Verhalten ihrer Mitglieder auch nach beendigter Veranstaltung die Verantwortung übernehme.

Am 24. April Landtagswahlen in fast ganz Deutschland

Unsere Karte gibt einen Ueberblick, in welch großem Teil Deutschlands am 24. April Landtagswahlen stattfinden. Preußen, Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt machen zusammen fast 85 Prozent des deutschen Reichs-Gebietes aus. 80 Prozent aller deutschen Wahlberechtigten werden dort zur Wahlurne gerufen.

Demonstrationsverbot in Danzig

Danzig, 15. April. Der Senat hat im Zusammenhang mit dem reichsdeutschen Verbot der SA. für das gesamte Staatsgebiet die Veranstaltung von Umzügen und Versammlungen politischen Charakters unter freiem Himmel bis auf weiteres verboten.

Kein Verbot des Stahlhelm beabsichtigt gewesen

Berlin, 15. April. Zu der Erklärung des deutschnationalen Parteiführers Geheimrat Dr. Hugenberg über das Verbot der SA.-Abteilungen, in denen davon gesprochen wird, daß auch Anzeichen für eine Auflösung des Stahlhelms bestanden hätten, wird vom Reichsinnenministerium erklärt, daß eine Auflösung des Stahlhelms in keinem Augenblick geplant gewesen war.

Ein Dementi der Hapag

Hamburg, 15. April. Wie die Hamburg-Amerika-Linie erklärt, ist die Behauptung in einer mit Vorbehalt wiedergegebenen Meldung eines Berliner Mittagsblattes, die Hapag habe vor wenigen Wochen der Hitler-Bewegung 120 000 RM zugutekommen lassen, von Anfang bis zu Ende frei erfunden.

Deutscher Außenhandel im März

Berlin, 15. April. Im deutschen Außenhandel können sich gegenüber der in allgemeine Umsatzrestriktion ausmündenden Handelspolitik der Welt einerseits und der besonderen finanziellen Zwangslage Deutschlands andererseits saisonmäßige Tendenzen nur noch schwer durchsetzen. So hätte normalerweise im März ein stärkeres Ansteigen der Ausfuhr und ein annähernder Gleichstand der Einfuhr erwartet werden müssen. Die Einfuhr ist im März um 77 Millionen RM auf 364 Millionen RM gesunken. Der Wertrückgang der Einfuhr (— 17,5 Prozent) ist ausschlaggebend die Folge der mengenmäßigen Schrumpfung der Einfuhr, die fast 15 Prozent betragen hat; das durchschnittliche Preisniveau ist nur um 3,1 Prozent gesunken. Beteiligt am Rückgang sind die Rohstoffe mit 42 Millionen RM, die Lebensmittel mit 20 Millionen RM und die Fertigwaren mit 15 Millionen RM. Die Ausfuhr beträgt im März 516 Millionen. Hinzukommen, wie im Vormonat, Reparationssachlieferungen im Werte von 11 Millionen RM. Die Abnahme der Gesamtausfuhr gegenüber Februar beziffert sich auf 10,7 Millionen RM, von denen 6 Millionen auf Fertigwaren und 4 Millionen RM auf Rohstoffe entfallen. Zurückgegangen ist die Ausfuhr namentlich nach der Schweiz und Großbritannien, ferner nach China und Dänemark. Zugenommen hat der Warenabsatz nach Frankreich, den Niederlanden und Schweden. Die Handelsbilanz schließt im März mit einem Ausfuhrüberschuß in Höhe von 152 (Februar 86) Millionen RM ab. Einschließlich der Reparationssachlieferungen beziffert sich der Ausfuhrüberschuß auf 163 (97) Millionen RM.

Für mehrere Millionen Mark Effekten verschoben

Düsseldorf, 15. April. Die Devisenbewirtschaftungsstelle Düsseldorf ist erheblichen Effektenverschiebungen auf die Spur gekommen. Hochwertige deutsche Wertpapiere im Betrage von mehreren Millionen RM sind in letzter Zeit aus dem Auslande nach Deutschland gebracht und an kleine Bankfirmen des Rheinlandes von Strohmännern veräußert worden, so daß der Erlös, dessen Höhe noch nicht feststeht, auf unberechtigte Weise ins Ausland gelangt ist. Ein sogenannter Bankenvertreter und einer seiner Strohmänner wurde verhaftet. Ihr Vermögen ist beschlagnahmt worden. Die Ermittelungen erstrecken sich über das ganze Reich bis nach Berlin.

Der neue litauische Wahlskandal

Berlin, 15. April. Wie der DNB. aus Memel gemeldet wird, wächst sich die Masseneinbürgerung von Großlitauern im Memelgebiet zu einem riesigen Wahlskandal aus. Während bei den letzten Wahlen nur einige Großlitauer eingebürgert wurden, sind bis Mittwoch im Memelgebiet, das heißt in etwa drei Wochen, 5500 bis 6000 Großlitauer zu „Memelländern" gemacht worden. Dabei handelt es sich aber nicht nur um ledige Leute, sondern die meisten sind verheiratet, so daß man bei der Errechnung der Tatsache Rücksicht darauf nehmen muß, daß zu den Eingebürgerten noch die wahlfähigen Frauen und Kinder hinzukommen. Man kann annehmen, daß durch die in den letzten drei Wochen vorgenommene Einbürgerung im Memelgebiet etwa 10 000 bis 11 000 großlitauische Wähler zugeführt worden sind.

Zuchthausstrafe im Waldecker Bombenlegerprozeß

Kassel, 15. April. Im Waldecker Bombenlegerprozeß verurteilte heute das Schwurgericht in Kassel den 41jährigen Schlosser Heinrich Kleinschmidt aus Waldeck zu sechs Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrenrechtsverlust. Der Angeklagte hatte im Dezember 1931 auf das Haus des Gemeindevorstehers Johannes Wiegand in Waldeck einen Sprengstoffanschlag verübt, wodurch das Haus furchtbar verwüstet wurde.

Für vier Millionen Pfund russische Aufträge an England

London, 15. April. Wie die englische Handelskammer mitteilt, sind in nächster Zukunft Russenaufträge für englische Firmen im Gesamtbetrag von etwa vier Millionen Pfund zu erwarten. Zur Zeit befinden sich Vertreter von drei russischen Einfuhrverbänden in England, um über Aufträge für die Eisenbahnausrüstung, für Maschinenfabriken, Kraftwerke und andere Maschinen und Werkzeuge zu verhandeln.

Drei Direktoren der Kreuger u. Troll-Gesellschaft verhaftet

Stockholm, 16. April. Spät am Freitagabend trat eine sensationelle Wendung in der Kreugeraffäre ein. Nach Anzeige von der A. B. Kreuger u. Troll und der Prüfungskommission verhaftete die Kriminalpolizei drei Direktoren, die beschuldigt werden, Kreuger beim Schaffen von fiktiven Einkommen und fiktiven Guthaben behilflich gewesen zu sein.

Die Finanzlage der deutschen Gemeinden

Berlin, 15. April. Der Vorstand des Deutschen Städtetages ist heute in Berlin zu einer wichtigen Sitzung zusammengetreten, in der es sich um die Besprechung der Finanzlage der Gemeinden handelt. An dieser Sitzung nimmt auch der Dresdner Oberbürgermeister Dr. Külz teil. Wie bereits gemeldet, hat der Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahm dem Reichskanzler Vortrag über die Finanzlage der Großstädte, insbesondere Berlins, gehalten. Er hielt in der heutigen Vorstandssitzung über diese Unterredung mit dem Kanzler Vortrag.

Die Aussprache erstreckte sich jedoch darüber hinaus auf die gesamte Finanzlage der Gemeinden, wobei festgestellt wurde, daß die Lage sich seit der letzten Sitzung des Vorstandes noch wesentlich weiter verschlechtert habe. In Bezug auf die Eingänge der Gemeindesteuern sind sogar die damaligen pessimistischen Schätzungen übertroffen worden, während andererseits die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen dauernd zugenommen hat. In dem Zeitraum vom 1. Oktober des vorigen Jahres bis zum 1. April d. J. hat sich diese Zahl um nicht weniger als 60 v. H. vermehrt, wodurch eine außerordentliche Verschlechterung in der Lage der Gemeindefinanzen eingetreten ist. Das bezieht sich nicht nur auf die Großstädte, sondern auch auf die kleinen Gemeinden und auf die Gemeindeverbände.

Die Darlegungen des Berliner Oberbürgermeisters beim Reichskanzler haben insofern gewisse symptomatische Bedeutung für alle deutschen Gemeinden. Die Besprechungen des Vorstandes des Städtetages werden morgen fortgesetzt werden, und auf Grund der heutigen Aussprache sollen morgen die Forderungen formuliert werden, die die Städte angesichts ihrer schwierigen Lage zu erheben gedenken. Für morgen ist mit den entsprechenden Beschlüssen des Vorstandes zu rechnen.

Die Kosten des Sklarek-Prozesses

Berlin, 15. April. In der heutigen Sitzung des Sklarek-Prozesses wurde die Erörterung über die Garderobe fortgesetzt, die die angeklagten Beamten von den Sklareks nach Ansicht der Anklage als Zuwendungen erhalten haben. Als Rechtsanwalt Dr. Braubach, der Verteidiger des Bürgermeisters Kohl, wegen eines anderen Termins die Vertretung durch einen anderen Offizialverteidiger wünschte, forderte Willi Sklarek ebenfalls eine Offizialverteidigung auf Staatskosten. Willi Sklarek: „Meine Verteidiger sind einmal da und am anderen Tage kommen sie nicht. Ich muß die freien Tage immer dazu benutzen, um sie zu überreden, am nächsten Tage vor Gericht zu erscheinen." — Vors.: „Sie haben doch noch Verteidiger. Diese müßten erst ihr Amt niederlegen. Dann könnten Sie den Antrag stellen, daß Ihnen Offizialverteidiger beigeordnet werden. Die Kosten für den Prozeß sind allerdings schon recht hoch. Ohne die Offizialverteidiger kostet der Prozeß monatlich noch nicht 1000 Mark, die Verteidiger kosten aber allein so viel." — Oberstaatsanwalt v. Steinäcker: „Eine große Anzahl von Verteidigern wird in diesem Prozeß schon auf Staatskosten bestellt. Einer Beiordnung von Offizialverteidigern für die Sklareks würde die Staatsanwaltschaft mit Nachdruck widersprechen. Ich empfinde es schon als eine große Unbilligkeit, daß die Beamten, die die Stadt geschädigt haben, sich auf Kosten der Staatskasse verteidigen können. Ich würde es aber als himmelschreiend empfinden, wenn das Gericht den Sklareks Offizialverteidiger beigeben würde." Willi Sklarek: „Bisher ist es doch nur eine Behauptung der Staatsanwaltschaft, daß wir den Magistrat geschädigt haben." (Heiterkeit im Zuhörerraum.)